



Dr. Hanns Martin Schleyer

1. Mai 1915–18. Oktober 1977.

Deutscher Manager.

Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Promotion zum Dr. jur. in Innsbruck. 1934–1945 Leiter des

Präsidialbüros beim Zentralverband der Industrie in Prag. 1949–1951

Leiter des Außenhandelsbüros der Badischen IHK. Anschließend zur

Daimler-Benz AG, wo er 1959 stellvertretendes und 1963 ordentliches

Vorstandsmitglied wird, zuständig für Personal- und Sozialwesen und

Verwaltung. Ab 1963 verschiedene

Verbandstätigkeiten. 1956–1973

Vizepräsident und hernach Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen

Arbeitgeberverbände in Köln. Harter Verhandlungspartner in Tarifrunden.

1976 zum Präsidenten des Bundesverbandes der Industrie gewählt. Als

Exponent der deutschen Wirtschaft am 5. September 1977 von Terroristen der „Rote Armee Fraktion“ entführt

und sechs Wochen später ermordet.

## Dr. Hanns Martin Schleyer

*Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln*

### „Unternehmerische Aufgaben heute“

Meine Damen und Herren!

Die westlichen Industrienationen stehen vor einer Reihe ökonomischer und gesellschaftspolitischer Herausforderungen, deren Bewältigung von grundlegender Bedeutung für die künftige Entwicklung dieser Länder sein wird. Dabei geht es sowohl um die zentralen Probleme in der Beschäftigungspolitik, in der Finanzpolitik und im sozialen Sicherungssystem als auch um die weltweiten Fragen, die sich aus den strukturellen Verschiebungen der Zahlungsbilanzen und aus der Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung ergeben haben. Die Lösung dieser Probleme erstreckt sich nicht nur auf rein ökonomische Zusammenhänge. Vielmehr werden hiervon im zunehmenden Maße auch ordnungspolitische Grundsätze berührt.

Während man in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr zeitweise den Eindruck gewinnen konnte, als seien die ordnungspolitischen Auseinandersetzungen inzwischen endgültig zugunsten der freiheitlichen, sozial orientierten Marktwirtschaft entschieden, haben in den letzten Wochen zahlreiche Äußerungen prominenter Gewerkschafts- und Parteien-Vertreter erneut offenkundig werden lassen, dass die ordnungs- und gesellschaftspolitische Situation auch in der Bundesrepublik keineswegs dauerhaft abgeklärt ist. Die Debatte über die Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft ist wieder voll entfacht, so dass wir in der Bundesrepublik erneut die Gefahr sehen müssen, dass wichtige Elemente der Marktwirtschaft bewusst oder unbewusst in Frage gestellt werden und dass falsche Lösungsversuche insbesondere bei der Bewältigung des Beschäftigungsproblems zu einer gefährlichen Veränderung des ordnungspolitischen Gesamtrahmens führen könnten.

Diese Gefahr ist umso höher einzuschätzen, als auch in unseren Nachbarländern die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen vielfach Tendenzen enthalten, die den Raum für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung immer weiter einzuschränken drohen. Ein Beispiel hierfür ist die aktuelle Diskussion in den Europäischen Gemeinschaften zu den Stichworten „Sektorale Strukturpolitik“ und „Investitionslenkung“. Während der DGB bemüht ist, die von ihm entwickelten strukturpolitischen Grundsätze noch möglichst weitgehend mit marktwirtschaftlichen Prinzipien in Einklang zu bringen, ist davon auf europäischer Ebene nur noch wenig zu spüren. Der Europäische Gewerkschaftsbund, dem der DGB angehört, hat zu Beginn dieses Jahres in Brüssel Vorstellungen zur Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik entwickelt, die von der Forderung nach massiver Ausdehnung des öffentlichen Sektors bis zur Forderung nach imperativer Investitionslenkung alles das enthalten, was als Ansatzpunkt für systemverändernde Maßnahmen genutzt werden könnte. Die europäischen Gewerkschaftsforderungen machen deutlich, dass Begriffe wie die „sektorale Strukturpolitik“ nicht selten nur die vordergründigen Aufhänger einer sehr viel tiefer gehenden Auseinandersetzung über ordnungspolitische Grundsatzpositionen sind. Der Glaube an das planwirtschaftlich Machbare scheint bei einigen Gruppen unerschütterlich zu sein und übt vielfach eine geradezu magische Anziehungskraft aus. Zum Beispiel führten die zahlreichen Fehlprognosen der letzten Jahre auf gesamtwirtschaftlicher Basis keineswegs bei allen Beteiligten zu mehr Zurückhaltung und Realitätssinn in der Beurteilung des Prognoseinstruments, sondern bekanntlich wird sogar die Ausweitung des Prognosespektrums auf einzelne Branchen gefordert, obwohl die Fehlerhäufigkeit hier mit Sicherheit noch ungleich größer wäre. Dies zeigt bereits die Entwicklung während der letzten zwei Jahre. Die Autoindustrie wurde nach der Ölkrise von fast allen Prognostikern als Wachstumsträger abgeschrieben, während man der heimischen Energiewirtschaft die größten Wachstumschancen in Aussicht stellte.

Heute, nur kurze Zeit später, hat sich das Prognosebild völlig gewendet, und es kann nicht verwundern, wenn es innerhalb kürzester Zeit wiederum anders ausschauen sollte.

Die Kritiker der Marktwirtschaft lassen keine Gelegenheit aus, jegliche Probleme und Mängel dem marktwirtschaftlichen System anzulasten. Dies gilt ebenso für Fragen der Umweltverschmutzung wie für die gegenwärtigen Probleme der Arbeitslosigkeit. Dabei wird gar nicht erst danach gefragt, ob hierfür auch Fehler der Stabilitäts- und Verteilungspolitik vergangener Jahre verantwortlich sein könnten. Der DGB-Vorsitzende Vetter hat zum Beispiel wiederholt die Meinung vertreten, dass die Arbeitslosigkeit ein Beweis dafür sei, dass es noch „Züge des alten, menschenfeindlichen Kapitalismus“ gebe. Wer so argumentiert, muss sich allerdings fragen lassen, warum in der Bundesrepublik mehr als zwei Jahrzehnte lang Voll- und Überbeschäftigung herrschte, obwohl die Wirtschaftsordnung in den fünfziger und sechziger Jahren sicher nicht weniger marktwirtschaftlich orientiert war als heute. Wenn daher im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarktproblem Systemkritik geübt werden soll, dann können die Fehler wohl kaum in den marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien gesucht werden, sondern vielmehr in Entscheidungen der letzten Jahre, die den marktwirtschaftlichen Steuerungsprozess negativ tangiert haben.

Meine Damen und Herren, die Lösung der gegenwärtigen Hauptprobleme auf dem Arbeitsmarkt, bei den öffentlichen Haushalten und im System der sozialen Sicherung ist nicht durch die Anwendung irgendwelcher Patentrezepte erreichbar und schon gar nicht durch Rezepte, die eine Gefährdung der gegenwärtigen Ordnungsprinzipien einschließen. Die Lösung der Probleme ist vielmehr nur dann erreichbar, wenn es gelingt, mit Hilfe einer langfristig orientierten Politik die gesamtwirtschaftliche Wachstumsbasis wieder auf Dauer zu sichern. Dieses Ziel ist jedoch bisher angesichts der Labilität der konjunkturellen Entwicklung in der Mehrzahl der Wirtschaftsbereiche noch nicht verwirklicht. Aufgrund der Tatsache, dass die Rezession der Jahre 1974/75 in erster Linie nicht das Ergebnis einer zyklischen konjunkturellen Abschwächung war, sondern dass sie die zwangsläufige Folge der vorausgegangenen starken in- und ausländischen Belastungen der ökonomischen und verteilungspolitischen Rahmenbedingungen darstellte, wären hochgespannte Erwartungen aber auch von vornherein illusionär gewesen.

Bei aller Differenziertheit der Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ist dennoch unzweifelhaft, dass im Jahre 1976 wichtige Schritte in Richtung auf eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation erzielt wurden. Neben einem realen Wirtschaftswachstum von 5,6 Prozent machte vor allem der Stabilisierungsprozess weitere Fortschritte, so dass die Preissteigerungsrate Ende vergangenen Jahres auf unter vier Prozent fiel. Mit mehr als einer Million Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt war demgegenüber die Arbeitsmarktsituation nach wie vor überaus unbefriedigend, aber der beträchtliche Rückgang der Kurzarbeiterzahl um 500 000 im Jahresverlauf 1976 und die gleichzeitige Verringerung der Arbeitslosenzahl um 130 000 widerlegen die Behauptung, dass die Konjunkturerholung den Arbeitsmarkt ganz unberührt gelassen habe. Die – wenn auch nur leichte – Verbesserung des Beschäftigungsgrades ist vielmehr sogar bemerkenswert im Vergleich zu den Erwartungen, die man realistischerweise vor einem Jahr haben konnte. Denn angesichts des extrem niedrigen Auslastungsgrades der Kapazitäten musste von vornherein damit gerechnet werden, dass sich die wirtschaftliche Belebung zunächst nur in begrenztem Maße auf dem Arbeitsmarkt auswirken kann. Dies gilt umso mehr, weil die Konjunktur im Frühsommer 1976 wieder ins Stocken geriet und weil sich in einigen Branchen sogar neue Abschwächungstendenzen einstellten.

Das konjunkturelle Gesamtbild hat sich bis zur Jahreswende 1976/77 im Vergleich zum Vorjahr etwas gebessert, und die Auftragseingänge des letzten Quartals 1976 deuteten nunmehr auch bei der inländischen Investitionsgüternachfrage gewisse expansive Impulse an. Aber bisher fehlt dem konjunkturellen Trend noch die notwendige Breitenwirkung. Der Aufwärtstrend konzentriert sich nur auf einige Wirtschaftsbereiche, während in vielen Branchen

noch kaum von einer Aufschwungtendenz gesprochen werden kann. In mehreren Wirtschaftszweigen – wie zum Beispiel in Teilen der Bauwirtschaft, in der Stahlindustrie und in der Werftindustrie – ist die konjunkturelle Lage sogar nach wie vor rezessiv geprägt.

Der schleppende Konjunkturverlauf und die mangelnde konjunkturelle Selbstverstärkung haben dazu beigetragen, dass die Wirtschaftsentwicklung des Jahres 1977 von vielen Beobachtern inzwischen wesentlich vorsichtiger eingeschätzt wird als noch vor einigen Monaten. Die jüngste Stellungnahme der Deutschen Bundesbank zur Konjunkturlage möchte ich dagegen als überaus optimistisch einstufen.

Meine Damen und Herren, eine vorsichtige Beurteilung der Wirtschaftsaussichten scheint mir auch angebracht, wenn wir einen Blick über die Grenzen der Bundesrepublik hinwegwerfen. Denn wir können die Verhältnisse in unserem Land nicht isoliert sehen. Dafür ist die internationale Verflechtung der deutschen Wirtschaft zu eng.

Das Forum, vor dem ich heute spreche, verpflichtet ohnehin dazu, diesem Aspekt besondere Bedeutung beizumessen.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist integraler Bestandteil des gemeinsamen europäischen Marktes. Mit den Partnerländern der Gemeinschaft wickeln wir nahezu 50 Prozent unseres Außenhandels ab – der damit nur noch sehr bedingt als eigentlicher Außenhandel anzusehen ist.

Der Fortfall der Handelsschranken innerhalb der Gemeinschaft hat zu einer weitgehenden Interdependenz der Warenbewegungen zwischen den Mitgliedsländern geführt. Inflation in einem Land und Stabilitätsbemühungen im anderen können nicht ohne Auswirkungen auf den Wirtschaftsverkehr bleiben; Anpassungen der Wechselkurse mit zuweilen hektischen Ausschlägen sind nur eine Notlösung. Deutlich wird daran allenfalls, wie dringend politische Fortschritte in Richtung auf eine stärkere Harmonisierung der Wirtschafts- und Währungsunion sind.

So wichtig der Handel innerhalb der Gemeinschaft ist, auch er darf in einem System weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit und Abhängigkeiten nicht isoliert gesehen werden. Dies gilt vor allem aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Position als zweitwichtigster Welthandelsnation. Die deutsche Ausfuhr entsprach 1976 insgesamt einem relativen Anteil von rund 30 Prozent unseres Bruttosozialproduktes.

Unsere wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität steht also zu einem erheblichen Teil in direktem Zusammenhang mit der Lage im Ausland und zugleich mit dem Grad unserer internationalen Konkurrenzfähigkeit. Hier sehe ich eine Reihe von Risikofaktoren und auch Gefahrenmomenten, die eine Beurteilung unserer künftigen Ausfuhrentwicklung sehr erschweren. Dabei geht es mir nicht um Schwarzmalerei.

Die deutsche Industrie hat in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund von Leistungs- und Anpassungsfähigkeit ihre Position im internationalen Wettbewerb wiederaufbauen und bisher auch halten können. Auf dieser Basis gingen von der Außenwirtschaft bisher wesentliche Impulse für die innerwirtschaftliche Konjunkturstabilisierung und die Erhaltung der Arbeitsplätze aus. Der Zwang zur internationalen Konkurrenzfähigkeit war vielfach auch der Anlass für Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen.

Uns muss im eigenen Interesse daran liegen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten und zu stärken. Daran wird sich letztlich die Glaubwürdigkeit erweisen müssen, mit der alle Gesellschaftsschichten in unserem Lande bereit sind, ihren Teil zur Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der Sicherung eines ausreichenden Wachstums zu tragen.

Wenn ich vorhin von Gefahrenmomenten in der Außenwirtschaft sprach, denke ich dabei nicht nur an die Einflüsse des Auslandes – hierauf werde ich noch einzugehen haben. Vielmehr habe ich zunächst die Faktoren im Sinn, die in unserem eigenen Einflussbereich liegen.

Die Bundesrepublik Deutschland gilt heute unter den großen Industrienationen als Land mit den höchsten Arbeitskosten, wenn Löhne und Personalkosten zugrunde gelegt werden. Dies ergab eine Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft, die vor wenigen Wochen veröffentlicht wurde. Im

Blick auf die Außenwirtschaft erhält das Moment der Arbeitskosten sein Gewicht angesichts der derzeitigen internationalen Konkurrenzsituation.

Die weltweite Wirtschaftsrezession mit ihren Folgen hat viele Länder unter verstärkten Exportzwang gestellt. Die Unternehmen bemühen sich, den Ausfall der Inlandsnachfrage durch erhöhte Auslandsumsätze zu kompensieren. Sicherlich spielen Qualität, Leistungsstand und technisches Wissen im internationalen Wettbewerb nach wie vor eine große Rolle. Es besteht aber kein Anlass für uns zu der Annahme, dass solche Kriterien nur im deutschen Export geboten werden. Dies wäre ein verhängnisvoller Irrtum. Bei gleicher Qualität aber wird der Preis zum ausschlaggebenden Kriterium für Kaufentscheidungen. Preislich liegen heute aber viele ausländische Anbieter für vergleichbare Erzeugnisse günstiger als deutsche Firmen, denen infolge der hohen Kosten kein Spielraum für Preisanpassungen verbleibt.

Nicht umsonst haben andere wichtige Industrieländer ihre Ausfuhr im vergangenen Jahr stärker ausweiten können als die Bundesrepublik, so zum Beispiel Frankreich und Japan. So erfreulich auch die deutsche Ausfuhrzunahme um rund 16 Prozent zu werten ist, zu berücksichtigen bleibt, dass sich der Import um mehr als 20 Prozent erhöhte. Dabei war der Einfuhrzuwachs besonders ausgeprägt im Bereich der Fertigwaren, in dem auch die besondere Stärke der deutschen Industrieproduktion liegt.

Ein anderer Aspekt kommt hinzu: Anhaltend hohe Inflation und die Devisenaufwendungen für die verteuerte Energiezufuhr haben in vielen Industrie- und Entwicklungsländern zu wachsenden Defiziten der Zahlungsbilanz geführt. Die Verschuldungsprobleme werden durch die neue Erhöhung der Rohölpreise noch verschärft. Der Exportzwang wird deshalb in vielen unserer Partnerländer ergänzt durch das Bemühen um eine Eindämmung der Importe. Als Beispiele seien die Devisensteuer in Italien, Portugal und Finnland genannt. In jüngster Zeit erst richtete die französische Regierung den Appell an die Verbraucher, bei Käufen jeglicher Art einheimischen Erzeugnissen den Vorzug zu geben. Die Stützungskredite an Großbritannien und Italien sind mehr oder weniger als Preis für den Verzicht auf Restriktionen zu betrachten. Wenn bisher Eingriffe zur Beschränkung der Einfuhren vermieden werden konnten, spricht dies für die Tragfähigkeit der internationalen handelspolitischen Vereinbarungen im Rahmen der OECD und des GATT. In der Gesamtschau jedoch sind international deutlich Tendenzen zur Eingrenzung des Importzuwachses festzustellen.

Die hohe innerwirtschaftliche Kostenbelastung durch Löhne und Steuern sowie die ungewöhnlich harte internationale Konkurrenz sind zwei Scherblätter, die den Operationsspielraum für deutsche Exporteure aufs Äußerste einengen. Das häufig zu hörende Argument, die weitgehenden Inflationsraten in unseren Partnerländern kompensierten die hohen deutschen Kosten, trifft nur sehr bedingt zu. Durch den Aufwertungseffekt für die DM sind Preisvertierungen für deutsche Erzeugnisse gegenüber dem Ausland eingetreten, die über die Teuerungsrate in den Konkurrenzländern in aller Regel hinausgehen. Als Beispiel sei hier nur darauf verwiesen, dass sich der Außenwert der DM nur im Laufe des Jahres 1976 gegenüber dem Durchschnitt der EG-Mitgliedsländer um ca. 22 Prozent erhöht hat; gegenüber dem Pfund Sterling betrug diese Rate rund 46 Prozent und gegenüber der italienischen Lira 56 Prozent. Die Vertierung der DM-Erzeugnisse infolge des Aufwertungseffektes betrifft nicht nur den bilateralen Warenverkehr mit den betreffenden Ländern; diese Länder sich auch unsere Konkurrenten auf dritten Märkten.

Deutlich sollte eines gesehen werden: Wenn die Vertierung der deutschen Erzeugnisse gegenüber dem Ausland durch einen Kostenzuwachs, der über die Produktivitätszunahme hinausgeht, anhält, könnte leicht ein Punkt erreicht werden, in dem einige deutsche Industriesektoren nicht mehr international wettbewerbsfähig sind. Dies hätte tief greifende Folgen vor allem für die Arbeitsplätze. Deshalb kann ich nur mit Nachdruck empfehlen, dass sich alle Beteiligten – Unternehmer, Gewerkschaften und die Regierung im Hinblick auf Steuern – rechtzeitig überlegen sollten, wie die Kostenbelastung der Industrieerzeugung in Grenzen gehalten bzw. vermindert werden kann.

Zu diesen Risiken kommen hinzu die außenwirtschaftlichen Unsicherheitsmomente aufgrund der internationalen Konjunkturlage. In vielen Volkswirtschaften hat sich bei anhaltenden Wachstumsschwierigkeiten die inflationäre Tendenz in jüngster Zeit wieder verstärkt. Die Hoffnung auf den Beginn einer breiteren wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung stützt sich bisher im Wesentlichen auf die Konjunkturprogramme in den USA, Kanada und Japan sowie auf Prognosen einer günstigeren Entwicklung in den europäischen Ländern. Aufgrund dieser Prognosen schwanken die Vorausschätzungen für die Zunahme der deutschen Ausfuhr im Jahre 1977 zwischen sieben Prozent und 13 Prozent. Bei nüchterner Betrachtung sollten wir uns darauf einstellen, dass der Export langsamer steigen wird als bisher und das Geschäft mühsamer wird.

Sicherlich wird das von US-Präsident Carter geplante 30-Milliarden-Dollar-Programm zur Belebung der amerikanischen Wirtschaft Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben. Hierzu sei aber angemerkt: In den USA klagen die Unternehmer ebenso wie in Europa darüber, dass die Wirtschaftspolitik noch immer nicht folgender Einsicht Rechnung trägt: Ein langfristig orientiertes Wirtschaftswachstum wird weniger von befristeten Stimulierungsmaßnahmen in Gang gesetzt als von einem ausreichenden allgemeinen Vertrauensklima. Hinzu kommen müssen dauerhafte Korrekturen in der Steuerpolitik zur Verstärkung der Investitionstätigkeit.

Stattdessen werden Wege beschritten, die eine Wiederholung von Fehlern der jüngsten Vergangenheit befürchten lassen. Dabei denke ich an die Anforderungen an die Bundesregierung, durch eine expansive Wirtschaftspolitik die Inflationsprobleme wichtiger Partnerländer zu vermindern. Dem Widerstand gegen diese Empfehlungen ist nur beizupflichten. Notwendig wäre demgegenüber ein europäisches Konzept für eine Wirtschaftspolitik, die auf ein langfristig angelegtes ausreichendes Wirtschaftswachstum ohne Inflation abstellt.

Die Aussichten für eine solche Politik sind aber leider nicht sehr günstig, nachdem die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sich eher verstärkt als vermindert haben. Diese Entwicklung belastet den Zusammenhalt der Gemeinschaft und erschwert vor allem die gemeinsame Meinungsbildung in den übrigen dringenden Problemen der Weltwirtschaft.

Dies gilt für die multilateralen GATT-Verhandlungen, in denen es um die weitere Liberalisierung des Welthandels durch Zollsenkungen und Abbau der noch bestehenden Handelshemmnisse geht. Hier scheinen sich allerdings nach mehrjähriger Anlaufzeit nunmehr Ansatzpunkte für eine Verständigung der Europäischen Gemeinschaft mit den übrigen wichtigen Welthandelspartnern abzuzeichnen. Leider gibt es bisher keine einheitliche Haltung der Industrieländer gegenüber den Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen dirigistisch geprägten Weltwirtschaftsordnung. Nach Amtsübernahme der neuen Regierung in den USA drängt die Zeit, dass sich die europäischen Regierungen mit Washington und Tokio auf eine gemeinsame Politik gegenüber den Entwicklungsländern verständigen. Dabei geht es um ein langfristiges Konzept für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, die den Interessen beider Seiten Rechnung tragen sollte, ohne die Grundsätze einer freiheitlichen Ordnung der Weltwirtschaft aufs Spiel zu setzen. Die Industrieländer sehen sich in dieser Frage vor eine Herausforderung gestellt, die sich als Prüfstein für ihre Bereitschaft erweisen wird, die Zukunftssicherung in gemeinsamer Verantwortung zu meistern.

Meine Damen und Herren, eine nüchterne Würdigung dieser internationalen Aspekte lässt meines Erachtens für einen übertriebenen Optimismus keinen Raum. Ein solches Wunschdenken wäre aber auch im Hinblick auf die inländische Entwicklung unangebracht, auf die ich nunmehr noch weiter eingehen möchte.

Aufgrund früherer Erfahrungen wissen wir, dass die konjunkturelle Entwicklung und die Situation auf dem Arbeitsmarkt in entscheidendem Maße von der lohnpolitischen Entwicklung abhängen. Nachdem die ersten tarifpolitischen Entscheidungen dieses Jahres in der Metallindustrie gefallen sind,

kommt man allerdings nicht an der Feststellung vorbei, dass hier neue wachstums- und beschäftigungspolitische Risiken aufgebaut wurden.

Ich möchte allerdings vermuten, dass die Chancen für einen gesamtwirtschaftlich besseren Tarifabschluss etwas größer gewesen wären, wenn die Regierung in ihrer Wachstumsprojektion für 1977 auf jeden Zweckoptimismus verzichtet hätte.

Angesichts vorhandener Gefahren erscheint die Reaktion der IG Metall auf den Tarifabschluss völlig unverständlich. In einer Presseerklärung hält sie es für richtig, sich damit zu brüsten, dass es mit der Vereinbarung gelungen sei, den „überzogenen Gewinnsteigerungen der Metallunternehmer eine Grenze“ zu setzen. Diese Art der Argumentation wird von der IG Metall sogar noch weiter auf die Spitze getrieben, wenn es in derselben Erklärung heißt, die gewerkschaftliche Tarifpolitik habe nunmehr die „Grundlage für eine Fortsetzung des Aufschwungs geschaffen“ und es sei jetzt Aufgabe der Unternehmer und der Wirtschaftspolitiker, dafür zu sorgen, dass dieser Aufschwung auch endlich auf die „Arbeitsmärkte übergreife“. Abgesehen davon, dass die Konjunkturerholung bereits im vergangenen Jahr positive Beschäftigungseffekte auslöste, beweist diese gewerkschaftliche Haltung, dass sie noch immer nicht die Lehren aus den verteilungspolitischen Fehlern der Vergangenheit gezogen hat und dass sie sich nach wie vor weigert, den fundamentalen Zusammenhang zwischen dem Lohnniveau und Beschäftigungsstand einer Volkswirtschaft anzuerkennen.

Grotesk ist auch die Meinung der IG Metall, dass die Gefahr neuer Preissteigerungen in der Metallindustrie „Anlass zu ernster Besorgnis“ sei, nachdem die Gewerkschaft ihre hohen Lohnforderungen vor allem auch mit dem Argument begründet hat, dass die Arbeitnehmer in diesem Jahr wieder mit einem eher beschleunigten Tempo beim Preisanstieg konfrontiert würden. Während der Verhandlungen benutzten die Gewerkschaften den künftigen Preisanstieg somit als Vorwand für hohe Lohnforderungen, um dann anschließend selbst solche Preisanhebungen an den Pranger zu stellen, die noch weit unterhalb der gewerkschaftseigenen Preisprognose liegen.

Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass nur eine zurückhaltende Lohnpolitik den beschäftigungs- und einkommenspolitischen Interessen der Arbeitnehmer gerecht werden kann. Im Jahre 1976 ist für die Arbeitnehmer sogar eine höhere Kaufkraftzunahme erreicht worden, als zu Beginn des Jahres zu erhoffen war. Denn die lohnpolitische Zielsetzung, die Arbeitnehmer vor Kaufkraftverlusten zu bewahren, wurde nicht nur erfüllt, sondern sogar übertroffen. Der Anstieg der realen Bruttoverdienste fiel 1976 mit etwa drei Prozent deutlich höher aus, als es den Erwartungen am Anfang des Jahres entsprach. Da auch der Produktivitätsfortschritt die Prognosewerte übertraf, kam es trotzdem zu einer gewissen Korrektur bei den Verteilungsrelationen. Die bereinigte Lohnquote ist nach einem permanenten Anstieg in den Vorjahren erstmals wieder etwas gesunken, und zwar etwa auf das Niveau des Jahres 1973. Wie allerdings die Beschäftigungsentwicklung seit 1973 zeigt, war dieses Lohnquotenniveau schon damals unvereinbar mit dem Ziel eines befriedigenden Beschäftigungsstandes; dies trifft heute – angesichts der erhöhten Investitionsrisiken – noch mehr zu. Um weitere Fortschritte bei der notwendigen Normalisierung der Gewinne zu ermöglichen, ist es daher erforderlich, dass die Tarifvereinbarungen in der Metallverarbeitung nicht als Signal für die kommenden Lohnverhandlungen bewertet werden. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre kennen wir zwar die Schwierigkeiten, vorhandene Lohninterdependenzen zu durchbrechen. Diese Probleme dürfen aber kein Grund sein, auf den Versuch zu verzichten, die lohnpolitische Entwicklung dieses Jahres auf einer gesamtwirtschaftlich vertretbaren Linie zu halten.

Der Hauptgrund, warum die Investitionskonjunktur bisher nur zögernd ansprang, liegt nach wie vor in den unzureichenden Erträgen und ungewissen Ertragserwartungen der Unternehmen. Neue Investitionen versprechen auch heute noch nicht jene Rentabilität, die angesichts der vorhandenen Investitionsrisiken unabdingbar ist. Aber auch von der Nachfrageseite her mangelt es noch an ausreichenden Impulsen, die die Unternehmer zu einem Ausbau ihrer Kapazitäten veranlassen könnten. Zwar ist die Kapazitätsauslastung in

der Industrie während des vergangenen Jahres um vier bis fünf Prozentpunkte gestiegen, aber andererseits hat der Ausnutzungsgrad der industriellen Kapazitäten inzwischen gerade erst jenes Niveau wieder erreicht, das am Ende der Rezession von 1967 zu verzeichnen war und das noch immer unter jenem Stand liegt, bei dem 1968 die Investitionskonjunktur angesprungen ist. Dies zeigt mit aller Deutlichkeit, dass trotz des Wirtschaftswachstums im vergangenen Jahr die wirtschaftlichen Bedingungen noch zu labil sind, um eine nachhaltige Verstärkung der Investitionstätigkeit der Unternehmen erwarten zu können. Dies gilt umso mehr, wenn die lohnpolitische Entwicklung den konjunkturellen Erfordernissen zuwiderläuft.

Vor dem Hintergrund niedriger Ertragsmargen, einer Unterauslastung der Kapazitäten, einer labilen Konjunktur sowie einem Missverhältnis zwischen Sachkapitalrendite und Kapitalmarktzins fällt es schwer, die Behauptung der Gewerkschaften ernst zu nehmen, dass die Entwicklung des vergangenen Jahres die These vom Zusammenhang zwischen Gewinnen, Investitionen und Beschäftigung widerlegt habe. Die Gewerkschaften dürfen sich daher auch nicht wundern, wenn sie mit dieser Behauptung sowohl von Bundesregierung und Bundesbank als auch von wissenschaftlicher Seite allein gelassen werden. Denn abgesehen davon, dass es bisher an einer durchgreifenden Erholung der Gewinne und Gewinnerwartungen mangelt und dass die Entwicklungsprozesse zwischen Gewinnen, Investitionen und Beschäftigung sowohl im Abschwung als auch im Aufschwung nicht simultan, sondern mit zeitlichen Verzögerungen ablaufen, ist es geradezu weltfremd anzunehmen, dass die Rendite nicht eine Schlüsselrolle beim Investitionsverhalten der Unternehmer darstellen würde.

Eine grobe Fehleinschätzung liegt auch vor, wenn im Zusammenhang mit Rationalisierungsinvestitionen behauptet wird, sie würden Arbeitsplätze vernichten. Denn einerseits trägt jeder Investitionsauftrag, gleichgültig, ob er der Ersatzbeschaffung, der Erweiterung oder der Rationalisierung dient, in der Investitionsgüterindustrie zur Erhaltung und Ausweitung der Beschäftigung bei und löst dort Impulse aus, die sich insbesondere auch auf vorgelagerten Märkten positiv auswirken. Zum anderen können, wie die Erfahrung zeigt, die bestehenden Arbeitsplätze auf Dauer nur durch die laufende Modernisierung der Produktionsanlagen gesichert werden; so hätten in der zurückliegenden Rezession zweifellos noch mehr Unternehmen aus dem Markt ausscheiden müssen, wenn kostensparende Rationalisierungsmaßnahmen unterblieben wären. Die Zahl der Arbeitslosen wäre noch mehr gestiegen, als es bereits der Fall war.

Darüber hinaus haben Rationalisierungsinvestitionen gerade für die Bundesrepublik mit ihrer starken internationalen Verflechtung hervorragende Bedeutung. Denn die Unternehmen können es sich einfach nicht leisten, aus der technologischen Entwicklung der Weltwirtschaft auszusteuern. Es gibt unter den westlichen Industrieländern genügend Beispiele, die uns zeigen, wohin ein solcher Weg führen würde. Zwar kann man über konjunkturelle Flauten hinweg die Beschäftigung kurzfristig in gewissem Umfang über jenem Stand halten, der den ökonomischen Erfordernissen entspricht. Dies ist in den vergangenen Jahren auch geschehen. Aber eine höhere Beschäftigung durch eine dauerhafte Begrenzung des technischen Fortschritts erkaufen zu sollen wäre kurzfristig und gefährlich, da der Arbeitsmarkt hiervon umso härter getroffen würde.

Daher ist es falsch, der Rationalisierung pauschal negative Beschäftigungseffekte anzulasten. Gesamtwirtschaftlich ist vielmehr das Gegenteil richtig, und ich begrüße es, dass die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht den positiven volkswirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Rationalisierungsinvestitionen und Beschäftigung ausdrücklich hervorgehoben hat.

Andererseits müssen die Gewerkschaften wissen, dass das Ausmaß von Rationalisierungsinvestitionen nicht nur von der technologischen Entwicklung, sondern auch ganz entscheidend von der Kostenstruktur in den Unternehmen bestimmt wird. Denn nimmt der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten ständig zu, dann entsteht für die Unternehmen aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit und der Wirtschaftlichkeit geradezu ein Zwang,

durch Rationalisierungen den Anteil der Lohnkosten so weit als möglich in Grenzen zu halten. Dieser Zusammenhang, den die Gewerkschaften in früheren Zeiten der Vollbeschäftigung selbst unter dem Begriff der gewollten „Rationalisierungsspeitsche“ zum Ausdruck brachten, um hohe Lohnforderungen zu begründen, bleibt heute in ihrer Argumentation unerwähnt. Dabei dürfte der jüngste Tarifabschluss im Metallbereich in vielen Unternehmen erneut zur Verstärkung des Rationalisierungsdrucks beigetragen haben.

Meine Damen und Herren, ein Beispiel für die zum Teil sehr realitätsferne Diskussion in der Bundesrepublik ist auch das Thema „Arbeitszeitverkürzung“. Es ist bekannt, dass Arbeitszeitverkürzungen im theoretischen Modell durchaus einen positiven Beschäftigungseffekt haben könnten. Aber ebenso sicher ist auch, dass die in der Theorie gemachten Annahmen in der gegenwärtigen Praxis nicht gegeben sind. Weder trifft es zu, dass die vorhandenen Arbeitsplätze auf eine beliebige Anzahl von Arbeitnehmern aufgeteilt werden könnten, noch ist es möglich, Arbeitszeitverkürzungen kostenneutral durchzuführen. Denn selbst bei einem Verzicht der Arbeitnehmer auf Lohnausgleich würden aufgrund steigender Fixkosten die gesamten Personalaufwendungen zunehmen. Überdies beruht das Patentrezept der Arbeitszeitverkürzung auf der Annahme einer hohen Mobilität der Arbeitskräfte. Aber die Arbeitsmarktsituation ist schon seit einiger Zeit durch eine mangelnde Mobilitätsbereitschaft der Arbeitslosen und durch gravierende qualitative Ungleichgewichte belastet. Aus diesen Gründen wäre es eine Illusion anzunehmen, dass gegenwärtig von Arbeitszeitverkürzungen positive Beschäftigungseffekte ausgehen würden. Zu befürchten wäre vielmehr, dass wir nicht weniger, sondern eher mehr Arbeitslose hätten.

Alle Versuche, das Beschäftigungsproblem kurzfristig durch irgendwelche Patentrezepte zu lösen, sind zum Scheitern verurteilt. Denn sie lassen die zentrale Tatsache außer Acht, dass die gegenwärtige Unterbeschäftigung in erster Linie auf einen Mangel an rentablen Arbeitsplätzen zurückzuführen ist. Diese Lücke lässt sich nur durch eine langfristig orientierte Wirtschafts- und Verteilungspolitik schließen, die ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum anstrebt und die gleichzeitig zur Bewältigung der qualitativen Beschäftigungsprobleme von einer konsequenten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik flankiert wird.

Die Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung und im Jahreswirtschaftsbericht ein mehrjähriges öffentliches Investitionsprogramm angekündigt, das dem Wirtschaftswachstum zusätzliche Impulse geben soll. Ein solches Programm ist ohne Frage zu begrüßen. Vor einer Überschätzung sowohl der kurzfristigen als auch der längerfristigen Wachstumsimpulse muss allerdings gewarnt werden. Die Regierung hat selber darauf verzichtet, die kurzfristigen Konjunkturimpulse des öffentlichen Investitionsprogramms in ihrer Jahresprojektion 1977 besonders zu gewichten, und bezüglich der längerfristigen Wachstumseffekte ist schon aus der unterschiedlichen Größenordnung der privaten und öffentlichen Investitionen ersichtlich, dass der Hauptantrieb für das Wirtschaftswachstum auf Dauer nur von Seiten der privaten Investitionen kommen kann. An einer nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit fehlt es aber bisher. Die Regierung hat zwar Entlastungen im Bereich der ertragsunabhängigen Steuern in Aussicht gestellt. Diese erforderlichen steuerpolitischen Maßnahmen werden jedoch erst für das Jahr 1978 angestrebt und außerdem an die Bedingung einer Erhöhung der Mehrwertsteuer geknüpft, so dass es bisher im Grunde an einer klaren Datensetzung fehlt.

Von nicht zu überschätzender sozialpolitischer und auch konjunkturpolitischer Bedeutung sind darüber hinaus überzeugende Weichenstellungen im Bereich des sozialen Sicherungssystems. Das Trauerspiel um die Rentenpolitik hat deutlich gemacht, dass die Verzögerung von notwendigen, wenn auch unpopulären Maßnahmen zu einem Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen insgesamt führt. Streitig in der Gesellschaft war niemals die Notwendigkeit, die soziale Sicherung auf eine feste finanzielle Basis zu stellen, Streitig war und ist, wie dies geschehen soll.

Ohne mit dem Verhalten der Parteien vor den Wahlen rechten zu wollen, ist andererseits festzustellen, dass alle Parteien Versprechungen gemacht haben,



die heute sachgerechte Lösungen unnötig erschweren. Bei der Bedeutung der sozialen Sicherung für unser Land ist es jetzt umso notwendiger, dass die politischen Parteien vordergründige parteipolitische Interessen hintanstellen. Wir benötigen einen staatspolitischen Konsens aller Kräfte, denn wir können es uns nicht leisten, dass die Sanierungsdebatte zu einem Dauerbrenner der Innenpolitik führt. Die Arbeitgeberverbände waren und sind bereit, vernünftige und wirksame Maßnahmen mitzutragen. Unsere Position wird dabei vor allem von folgenden Grundsätzen bestimmt:

Es muss eine Lösung gefunden werden, die über den Tag hinaus Bestand hat, so dass die Finanzprobleme der Sozialversicherung auch längerfristig ins Lot gebracht werden. Bei kurzatmigen Maßnahmen besteht die Gefahr, dass neue Korrekturen notwendig und die Eingriffe zwangsläufig noch einschneidender werden.

Eine Strategie der Beitragserhöhung lehnen wir entschieden ab. Denn abgesehen davon, dass mit einer solchen Lösung nur den eigentlichen Problemen ausgewichen würde, ist zu bedenken, dass die Belastung der Arbeitnehmer und der Unternehmer mit Steuern und Sozialabgaben bereits so hoch ist, dass jede zusätzliche Belastung negative Rückwirkungen sowohl im Hinblick auf die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer als auch in Bezug auf die Ertragskraft und Investitionsfähigkeit der Unternehmen auslösen würden. Diese Gefahren müssen umso ernster genommen werden, da mit der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer bereits neue Belastungen vorprogrammiert sind. Außerdem sollte bedacht werden, dass jede Erhöhung der Beiträge aus betrieblicher Sicht nicht anders zu beurteilen ist als eine Lohnanhebung: Beitragserhöhungen würden die Personalkosten steigern und unter den gegebenen Bedingungen den Rationalisierungsdruck verstärken.

Die Regierung will zumindest in der Rentenversicherung auf Beitragsanhebungen verzichten. Jedoch vermeidet sie es, sich in der Frage der Dynamisierung der laufenden Renten festzulegen. Nach unserer Auffassung ist ein Übergang von der Brutto- zur Netto-Anpassung unumgänglich, um die Rentenversicherung langfristig auf ein gesichertes finanzielles Fundament zurückzuführen. Dies wäre auch sozialpolitisch vertretbar. Denn die Einkommen der Aktiven sind in den vergangenen Jahren durch immer höhere Sozialversicherungsbeiträge und Steuern belastet worden, während bei den Renten der Unterschied zwischen Brutto und Netto in der Regel keine Rolle spielt. In der Krankenversicherung hat die Regierung zwar ein beachtliches Maßnahmenbündel zur Kostendämpfung vorgesehen. Die geplanten Maßnahmen dürften jedoch noch nicht ausreichen, um der Ausgabenflut im Gesundheitsbereich auf Dauer zu begegnen und um die Mehrbelastungen aus der Rentnerkrankenversicherung aufzufangen. Die Korrektur von Leistungsumfang und Leistungsstruktur muss noch nachdrücklicher vorgenommen werden, wobei insbesondere zu überprüfen wäre, ob die derzeitigen Gesundheitsleistungen überhaupt noch den gewandelten Bedürfnissen und der heutigen Einstellung zur Inanspruchnahme solcher Leistungen entsprechen. Wir sind mehr denn je davon überzeugt, dass es notwendig wäre, dem Versicherten einen größeren Freiheitsraum zur Gestaltung seines Versicherungsschutzes zu geben und zum anderen zur Förderung des Kostenbewusstseins die Einführung einer partiellen sozial vertretbaren Eigenbeteiligung vorzusehen. Eine derartige Lösung ist auf jeden Fall gerechter als der bisherige Weg, bei dem den Versicherten durch allgemeine Beitragserhöhungen ein ständig wachsender Teil ihres Einkommens weggenommen wurde.

Überaus bedenklich zu bewerten ist die im Rahmen der Regierungspläne beabsichtigte Verringerung der Rücklagen der Rentenversicherung auf eine Monatsausgabe. Dies bringt keine Einsparung, wohl aber eine gefährliche Abhängigkeit der Rentenversicherung vom Staat bei wirtschaftlichen Schlechtwetterperioden. In die gleiche Richtung würden die von der Regierung angestrebten Veränderungen beim Finanzausgleich zwischen den Versicherungsträgern führen. Das Interesse an einer sparsameren Wirtschaftsführung würde dadurch untergraben, und letztlich führte dies zu einer Aushöhlung der Verantwortung und Eigenständigkeit der Selbstverwaltung. Welche Konsequenzen eine stärkere Abhängigkeit vom Staat und damit von der

jeweiligen Finanzlage haben kann, zeigt die Behandlung der freiwillig Versicherten, also besonders der Selbstständigen, in der Rentenversicherung. Während bei der Öffnung der Rentenversicherung für diesen Personenkreis im Jahre 1972 nicht zuletzt der Gedanke Pate stand, dass mit der Öffnung erhebliche Nachtragszahlungen angelockt und somit die Finanzlage der Rentenversicherung verbessert werden könnten, geht heute das Schlagwort vom Abbau angeblicher Privilegien um, und es wird nicht gezögert, die Geschäftsgrundlage für freiwillig Versicherte erheblich zu verschlechtern.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich zum Schluss meines Referates die Vielfalt der angesprochenen Probleme unter einem globalen ordnungspolitischen Gesichtspunkt zusammenzufassen versuche. Trotz der Verschiedenartigkeit der jeweiligen Probleme, die von der Außenhandelspolitik über die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik bis hin zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik reichen, wird meines Erachtens immer wieder deutlich, dass zwischen diesen Bereichen untrennbare Sachzusammenhänge bestehen, deren Nichtbeachtung zu einer isolierten und damit falschen Betrachtung führen würde. In diesen Themenkreis gehören auch die Fragen der „Mitbestimmung“ und „Vermögensbildung“, auf die ich aus zeitlichen Gründen nicht näher eingehen konnte. Zum Thema „Vermögensbildung“ möchte ich aber doch bemerken, dass gerade die jüngsten lohnpolitischen Entscheidungen wieder die Dringlichkeit bestätigt haben, dass die Lohnpolitik aus ihrer bisherigen Stellung als Hauptinstrument der Verteilungspolitik gelöst wird und durch neue vermögenspolitische Maßnahmen der Tarifvertragsparteien ergänzt wird. Solcher vermögenspolitischer Initiative bedarf es, um auf längere Sicht mehr Ausgewogenheit in die verteilungspolitischen Auseinandersetzungen zu bringen.

Der enge Zusammenhang zwischen den verschiedenen Politikbereichen kommt vor allem darin zum Ausdruck, dass die Auseinandersetzungen um die besten Lösungen der anstehenden Probleme stets von Konflikten überlagert werden, die durch gegensätzliche ordnungspolitische Leitbilder vorgeprägt sind. Den Anhängern technokratischer Lösungen, die von der Effizienz bürokratischer Mechanismen und planwirtschaftlicher Denkmodelle überzeugt sind, stehen jene gegenüber, die mehr auf die Eigeninitiative und Eigenverantwortung sowie auf die Dynamik des Marktes vertrauen und die deshalb vom Staat in erster Linie klare ausgewogene Rahmendaten anstelle selektiver Zielvorgaben verlangen. Die Erfahrungen im In- und Ausland während der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass technokratische Lösungen fast immer zum Scheitern verurteilt sind und dass es darauf ankommt, sich für eine konsequente Fortentwicklung der freiheitlichen, sozial orientierten Ordnung einzusetzen, die auf der Privatinitiative sowie dem kooperativen Verhalten der Gruppen aufbaut. Hierfür überzeugend einzutreten ist meines Erachtens eine der Hauptaufgaben der Unternehmer. ■